
Wir wollen den zivilen Sektor stärken

Gespräch mit Betriebsräten der Deutschen Airbus über verweigerte Überstunden für den Golf-Krieg und über Rüstungskonversion

Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 28. Februar 1991 in Bremen.

Manfred Nieft, geb. 1939 in Kassel, ist Maschinenbautechniker. Seit 1979 arbeitet er bei MBB in Bremen, der jetzigen Deutschen Airbus, seit 1982 ist er Mitglied des Arbeitskreises „Alternative Fertigung“ und seit 1984 Mitglied des Betriebsrates.

Detlef Decho, geb. 1957 in Bremen, ist Flugzeugbauer, er arbeitet seit 1978 bei MBB in Bremen und ist seit 1988 Mitglied der Vertrauenskörperleitung der IG Metall und deren Bildungsbeauftragter.

Johann Dahnken, geb. 1955 in Bremen, ist technischer Zeichner, erarbeitet seit 1973 bei MBB in Bremen und ist seit 1984 Mitglied des Betriebsrates.

Frage: Das MBB-Werk in Bremen, die jetzige Deutsche Airbus, ist durch die Weigerung des Betriebsrates, Überstunden für die Produktion für den Golf-Krieg zuzustimmen, in die Schlagzeilen gekommen. Was wird hier produziert?

Dahnken: Überwiegend wird hier der Airbus hergestellt, und zwar die Flügelausrüstung und Einzelteile von anderen Zivilflugzeugen, aber auch von wehrtechnischen Programmen, wobei der Anteil der wehrtechnischen Produktion inzwischen durch den Ausbau der Airbusfertigung relativ gering ist. Im Laufe dieses Jahres wird bei uns die Tornado-Herstellung auslaufen, wobei noch ungeklärt ist, ob der Jäger 90 als Nachfolger kommt. Die Fertigungsanteile dafür sind aber gering, nach der jetzigen Geschäftsplanung etwa zwei Prozent.

Welche Verbindung hat Eure Arbeit mit dem Golf-Krieg?

Decho: Der Tornado wird im Golf-Krieg verwendet und dadurch hat der eine oder andere, der hier im Standort arbeitet, einen erheblichen Schock bekommen, weil man ja nie geglaubt hat, daß das, was man selbst an Waffen baut, auch einmal zur Anwendung kommen wird, und daß damit irgendwo Menschen getötet werden. Der Überstundenantrag, den wir abgelehnt haben, betraf die Ersatzteilmontage für den Tornado - und zwar nicht die Fertigung selbst, sondern den kaufmännischen Bereich - und zum zweiten den Konstruktionsbereich für die Transall, die als Truppentransporter im Golf-Krieg eingesetzt wird.

Dahnken: Man muß noch einmal deutlich sagen, daß die Entscheidung des Betriebsrates im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Golf-Krieges stand, gegen den auch in Bremen zahlreiche Demonstrationen stattgefunden haben. Vor dem Werktor haben tausende empörte Bremer gestanden, insbesondere von den Schulen und den Universitäten, die die Beteiligung des MBB-Nachfolgers, der Deutschen Airbus, und der anderen Betriebe, die hier am Standort sind, verurteilt haben. MBB ist ja bekannt als ein Betrieb, der überwiegend Rüstungsprodukte herstellt. Unter anderem wird hier, wie schon erwähnt, der Tornado gefertigt und in einem anderen Unternehmensbereich werden Flugabwehrraketen hergestellt, so daß wir die perverse Situation haben, daß die Alliierten, die mit dem Tornado im Golf-Krieg im Einsatz sind, möglicherweise von Roland-Raketen abgeschossen werden, die aus dem gleichen Werk stammen.

Wie kam der Beschluß des Betriebsrates zustande?

Nieft: Der Betriebsrat hat regelmäßig über Mehrarbeitsanträge zu entscheiden. In diesem ganz konkreten Fall ging es um zwei Anträge, einer davon für die Ersatzteilbeschaffung für den Tornado, und zwar einen Tag, nachdem der Golf-Krieg ausgebrochen war. Das hat uns natürlich sehr nachdenklich gemacht. Für die Leute in Bremen heißt die Firma eben nach wie vor MBB. Und MBB produziert Rüstungstechnik. So hatten wir hier schon an dem Freitag, als der Krieg losging, vor dem Werkstor den ersten Demonstrationzug, und die Leute wollten von uns und von der Geschäftsleitung wissen, wieso hier solches Kriegsmaterial gebaut wird. Wir wollten mit unserem Beschluß dazu beitragen, daß hier nicht zusätzlich die Kriegsaktivitäten verstärkt werden können. Der Betriebsrat hat ja bei Überstunden eine Entscheidungsmöglichkeit, und diesen Spielraum haben wir genutzt. Dabei gibt es zwei Aspekte, die eine Rolle spielen, zum einen wie ich als Betriebsratsmitglied und zum anderen wie ich persönlich zu diesem Vorgang stehe. Ich habe für mich persönlich diese Mehrarbeit abgelehnt, weil ich nicht zum Krieg beitragen will. Und zweitens gibt es den betriebs-politischen Aspekt, daß wir als Gremium auch die Kollegen davor schützen wollten, daß sie dazu gezwungen werden können, Mehrarbeit zu leisten. Schließlich wollten wir auch gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen.

War es nicht eher ein symbolischer Akt, weil die Möglichkeiten des Betriebsrates relativ gering sind?

Nieft: Die wirtschaftlichen Entscheidungen trifft das Unternehmen, die Arbeitgeberseite alleine.

Wie hat denn die Geschäftsführung auf diesen Beschluß reagiert?

Nieft: Konkret hat die Geschäftsleitung überhaupt nicht reagiert, weil es nur um insgesamt drei Mitarbeiter ging, die betroffen waren.

Aber es gibt sicherlich auch Reaktionen bei der Belegschaft?

Dahnken: Selbstverständlich gibt es sehr unterschiedliche Reaktionen, die wir auch akzeptieren. Uns kam es aber darauf an, auf den Doppelcharakter der Rüstungsprodukte im Zusammenhang mit diesem Krieg hinzuweisen und zumindest einen symbolischen Beschluß zu fassen. Wir haben keinen grundsätzlichen Beschluß gegen Rüstungsprodukte oder die Arbeit

daran gefaßt. Und wir sagen auch noch einmal deutlich, daß es nicht darum geht, Kolleginnen und Kollegen zu verurteilen, die an solchen Produkten arbeiten. Diese Spaltung wollen wir ganz bewußt nicht. Wir haben die Überstunden abgelehnt, um uns sozusagen schützend vor die Belegschaft zu stellen, um eine Spaltung zu verhindern und um zu dokumentieren, daß letzten Endes die Verantwortung dafür, wer was an wen verkauft, nicht bei den Beschäftigten liegt.

Wie haben denn die Kolleginnen und Kollegen auf die Ablehnung der Mehrarbeit reagiert, die diesen Krieg für unvermeidbar gehalten haben?

Decho: Als dieser Beschluß im Betriebsrat gefaßt wurde, war es hier noch relativ ruhig, geändert hat sich das erst seit dem Fernsehbericht über unseren Beschluß in „Monitor“. Seitdem werden Flugblätter gegen den Betriebsrat verteilt, und es gibt auch eine Unterschriftenliste zu dessen Abwahl. Vielleicht muß man sich noch einmal überlegen, warum es nach diesen Veröffentlichungen zu derart derben Auseinandersetzungen gekommen ist. Auch bei den Vertrauensleuten gibt es unterschiedliche Meinungen. Ein Kollege hat zum Beispiel gesagt, daß dadurch, daß einige von uns an die Öffentlichkeit gegangen sind, bei einem Teil der Kollegen der Eindruck entstanden

sei, daß im Betriebsrat diejenigen sitzen, die sauber sind, während andere verdächtigt würden, kriegslüstern zu sein, weil sie an diesen Dingen arbeiten müssen. Momentan brodeln zudem einiges im Betrieb, was aber nur bedingt mit den Aktivitäten des Betriebsrats und der Auseinandersetzung um die Überstunden zu tun hat. Die Reaktionen von außerhalb sind dagegen durchweg positiv. Wir haben viele Solidaritäts- und Dankschreiben bekommen, sogar eine Torte.

Bei vielen Kollegen dürften Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes eine Rolle spielen. Nun mag die Verweigerung von Überstunden zwar eine symbolische Handlung gewesen sein, aber werden nicht tatsächlich jeden Tag erhebliche Mengen von Rüstungsgütern in diesem Unternehmen produziert?

Decho: Von der Unternehmensleitung haben wir zwei Briefe bekommen, in denen uns öffentlich vorgeworfen wird, daß unsere Herangehensweise den Standort gefährdet und dem Unternehmen geschadet hätte. Dies führt bei einigen zu einer massiven Arbeitsplatzangst, die wahrscheinlich sowieso schon da ist, weil hier eben jetzt schon nicht jeder sagen kann, er hätte für die nächsten zehn oder fünfzehn Jahre einen sicheren Arbeitsplatz.

Euer Fall ist eine Konkretisierung des generellen Problems, das mit der Rüstungsproduktion in Deutschland verbunden ist. Ein Teil der öffentlichen Kritik richtet sich auch gegen die Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie. Ist der Vorwurf, daß sie am Krieg mitverdienen, gerechtfertigt?

Dahnken: Die grundsätzliche Debatte über Rüstung und Rüstungskonversion ist ja nicht neu. Sie wird bei uns bereits seit 1982 geführt, der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ ist genau aus diesen Gesichtspunkten entstanden. Durch den Golf-Krieg fühlen wir uns in unseren Forderungen nach Konversion bestätigt, weil dieser Krieg gezeigt hat, daß er nicht Arbeitsplätze schafft sondern Arbeitsplätze gefährdet, nämlich in der zivilen Fertigung. Nach Einschätzung der Airbus-Industrie werden viele Fluggesellschaften, deren Kapitaldecke inzwischen sehr gering ist, die Krise, die durch den im Golf-Krieg stark gesunkenen Flugverkehr entstanden ist, nicht verkraften. Anhand von Kundenreaktionen und der aktuellen Auftragsentwicklung denkt die Geschäftsführung sogar darüber nach, die Produktion zu strecken und Kurzarbeit oder vorzeitigen Urlaub einzuführen. Der Golf-Krieg gefährdet also Arbeitsplätze im zivilen Bereich, denn nur in einer friedlichen Welt sind ziviler Flugverkehr und Flugzeugbau möglich.

Nieft: Ich denke, es wäre zu einfach, wenn man sagt, daß die Arbeitnehmer in der

Rüstungsproduktion schuld daran sind, daß am Golf Menschen sterben. Ich habe als Staatsbürger die Pflicht, bei Wahlen und anderen Gelegenheiten Einfluß auf die Politik zu nehmen. Sie entscheidet, ob Rüstungsgüter hergestellt werden. Ich glaube, daß diejenigen, die weit weg von der Rüstungsproduktion oder vom Einsatz von Waffen sind, es wesentlich einfacher haben, radikale Positionen zu beziehen. Je näher man an diesem Geschehen ist, umso mehr ist man verpflichtet, Stellung zu beziehen — pro oder contra. Unter diesem Druck stehen alle die, die weiter weg vom Geschehen sind, viel weniger. Es ist eben nicht so, daß hier im Betrieb ausgerechnet all diejenigen sitzen, die Rüstung herstellen wollen. Viele Kollegen, die natürlich Familien und Bekannte haben, mit denen sie darüber diskutieren, fühlen sich dabei in eine Situation gebracht, die ihnen nicht gerecht wird. Letztlich ist es ja so, daß alle mehr oder weniger an Rüstung mitverdienen. Am Beispiel Bremen kann man das verdeutlichen: Industrie, Speditionen, Hafenwirtschaft, Reedereien, Zoll und viele weitere Behörden und Dienstleistungsbereiche - wer ist da nicht betroffen?

Dahnken: In Diskussionen wird oft gesagt, daß man sich aussuchen könne, an welchen

Produkten man arbeitet. Das ist nicht der Fall. Und selbst wenn ich heute in einem Betrieb anfangen, in dem ich das Gefühl habe, daß mir da nichts passieren kann, weil er zivile Produkte herstellt, weiß ich übermorgen schon nicht mehr, ob das immer noch zutrifft. Wir haben hier eine abwechslungsreiche Vergangenheit hinter uns: Wir haben die legendäre VFW 614 gebaut, ein Zivilflugzeug, später den Senkrechtstarter und dann sind wir in die Airbus-Produktion eingestiegen. Wir haben Firmenaufspaltungen erlebt. Wir hießen VFW, VFW-Fokker, wir waren MBB, wir waren dann DA und letzten Endes ist die DA jetzt bei Daimler-Benz angesiedelt. Ähnlich geht es doch vielen Beschäftigten. Die Verwicklung zum Beispiel der Deutschen Bank in Kapitalgeschäfte, die mit Rüstungsgütern zu tun haben, könnte den Schluß zulassen, daß jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit Rüstung zu tun hat.

Gibt es denn den Versuch, die Problematik der Rüstungsproduktion auf einige große Zentren abzuschieben und die anderen Bereiche davon freizusprechen?

Nieft: Es geht um die Rüstungspolitik insgesamt. Als Staatsbürger dürfen wir nicht hinnehmen, daß es einzelne Unternehmen gibt, die letztlich von den Entscheidungen des Verteidigungsministeriums abhängig sind. Durch die Beschaffungszyklen der Bundeswehr kommt es nämlich sonst auch zu Zyklen in der Beschäftigung, und das führt dann häufig dazu, daß diese Lücken durch verstärkten Export ausgeglichen werden sollen. Wir wollen den Export nicht, weil auch mit Waffen, die nicht zum Einsatz kommen, schon getötet wird. Wir müssen also als Betrieb den Anteil an Rüstung zumindest stark reduzieren, auf höchstens 30 Prozent, und das gleiche gilt für die Region. Es kann doch nicht richtig sein, daß eine ganze Region von Beschaffungszyklen der Bundeswehr abhängig ist, wie das in Bremen mit dem Flugzeug- und Schiffsbau der Fall ist. Wir fordern deshalb, daß der Beschaffungsetat des Verteidigungsministeriums auf zirka 10 Milliarden DM, die Hälfte der jetzigen Beschaffungsausgaben, gesenkt wird. Mit dem eingesparten Geld könnten Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden und Projekte angeschoben werden, für die zwar Bedarf, aber keine Nachfrage da ist, weil das Geld dafür fehlt - Energietechnik und Umweltschutztechnik, medizinische Techniken. Das sind Dinge, die in einer Firma wie MBB leicht produziert werden könnten und für die es auch technische Entwicklungen gibt, die im Grunde nur eine Anschubfinanzierung brauchen, um produziert zu werden.

An wen richtet sich Euer Forderung?

Nieft: Es gibt für uns drei Zielrichtungen: Einmal wollen wir die Kollegen damit vertraut machen, daß sie keine Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen, wenn die Rüstungsaufträge aus

politischen Gründen weniger werden. Zweitens fordern wir das Management auf, das Geld, das es bisher mit Rüstungsaufträgen verdient hat, für die Entwicklung alternativer Produkte zu nutzen. Die dritte Zielrichtung ist die Politik. Sie muß das Geld, das im Rüstungssektor eingespart wird, einsetzen, um alternative Projekte zu finanzieren.

Könntet ihr Euch denn vorstellen, daß das Management bereit ist, anhand von Konzepten des Betriebsrates, vielleicht sogar der Belegschaft, eine alternative Produktion aufzubauen und so etwas wie „Produktmitbestimmung“ zu akzeptieren?

Nieft: Wir haben das, als wir uns 1982 als Arbeitskreis des Vertrauensleutekörpers der IG Metall, damals noch unter der Firma VFW, gegründet haben, versucht. Wir haben Befragungen in der Belegschaft veranstaltet und haben externe Vorschläge aufgegriffen. Wir haben fast 80 Produkte vorgeschlagen, vom Kotflügel bis hin zum Zeppelin oder zu Katalysatoren für Kraftfahrzeuge, die damals noch nicht „in“ waren. Inzwischen ist unsere Vorgehensweise eine andere. Ein Konzern wie MBB hat tausende

produktionsreife Entwicklungen in der Schublade, die zum Teil sogar öffentlich gefördert worden sind, die man sofort in Angriff nehmen könnte. Unsere Zielrichtung geht deshalb nicht mehr dahin zu überlegen, ob ein Produkt tatsächlich bei uns machbar ist, wieviel es kostet und wieviel Arbeitsplätze es bringt, sondern dahin, mehr Druck zu machen, Öffentlichkeit herzustellen und auch in der Belegschaft deutlich zu machen, daß die Kollegen trotz der weniger werdenden Rüstungsaufträge keine Angst um ihre Arbeitsplätze haben müssen, weil hier andere Produkte entwickelt und gefertigt werden können.

Decho: Solange die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik es zuläßt, daß dieser lukrative Rüstungsexport betrieben wird, und zwar in Milliardenhöhe, ob legal und illegal, solange können wir auch in den Rüstungsbetrieben nur „Männchen“ machen. Wir werden es nicht erreichen, daß die Produktion umgestellt wird. Wir können in diesem Betrieb nicht zum Generalstreik aufrufen, während der Rest der Bundesrepublik sich hinstellt und sagt, daß im Prinzip alles in Ordnung ist. Es gehören eben nicht nur diejenigen dazu, die hier die Rüstungsgüter herstellen, sondern es gehören mehr dazu. Die öffentliche Diskussion ist dabei ein wesentlicher Faktor.

Der Bundespräsident hat sich bei seinem Besuch in Südkorea geweigert, eine Ausstellung zu besuchen, auf der auch ein Modell des Tornado gezeigt wurde. Das war sicherlich eine gutgemeinte Geste, die aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß in der Bundesrepublik seit Jahr und Tag Tornados gebaut und verkauft werden. Wie schätzt ihr eine Politik ein, die so tut, als habe sie von deutschen Rüstungsexporten nichts gewußt?

Nieft: Ich denke, daß die Weigerung des Bundespräsidenten, die Technogerma in Korea zu besuchen, im direkten Zusammenhang mit diesem Krieg steht. Insofern befinden wir uns faktisch mit dem Bundespräsidenten auf einer Linie - nur wir werden hier angegriffen, obwohl wir nicht einen einzigen Arbeitsplatz gefährdet haben. Ich würde mir wünschen, daß in dieser Frage, die ja letzten Endes eine gesellschaftspolitische ist, sich alle Beteiligten ehrlich in die Augen sehen und eine offene Diskussion führen würden. Das gut für alle, für die Bundesregierung, für die Bevölkerung, für die Beschäftigten in den Betrieben, die an solchen Produkten arbeiten, und auch für die Gewerkschaften. Wir müssen eine Diskussion über Konsequenzen, Sinn und Zielrichtung von solchen Produkten führen und entscheiden, ob wir sie ausweiten oder beschränken, und ob und an wen wir diese Rüstung exportieren wollen. Das sind alles offene Fragen, die auch uns als Gewerkschafter betreffen und die wir im Hinblick auf den demnächst offenen europäischen Binnenmarkt nur beeinflussen können, wenn wir uns als

Gewerkschafter nicht mehr gegeneinander stellen, sondern uns übernational organisieren.

Ein Motiv für die Rüstungsproduktion sind die extrem hohen Gewinne, die damit zusammenhängen, daß es unter den einzelnen Rüstungsbetrieben kaum Konkurrenz gibt. Wie können die Gewerkschaften vor diesem Hintergrund eine Produktionsumstellung erzwingen, ohne über das Instrument einer wirtschaftlichen Mitbestimmung zu verfügen?

Nieft: Ich denke, wenn Unternehmer Gewinne machen können, dann werden sie Dinge entwickeln und produzieren. Der Pkw-Bau bei Daimler-Benz findet im rein zivilen Bereich statt, und dort werden erhebliche Gewinne gemacht. In anderen Bereichen muß also vielleicht nur eine politische Vorgabe erfolgen. Ich weise noch einmal auf den Katalysator hin: Da wurde eine politische Entscheidung gefällt, Katalysatoren für Kraftfahrzeuge vorzuschreiben, und schon werden sie produziert - wahrscheinlich mit Gewinn.

Dahnken: Man wird die Umstellung der Rüstungsproduktion nur hinkriegen, wenn

auch die entsprechenden Bedingungen dafür geschaffen werden, und dies können die Unternehmer nicht alleine. Da die Rüstungsgüter von unseren Steuern bezahlt werden, ist es notwendig, entsprechende Umstrukturierungen durchzusetzen.

Decho: Rüstung ist größtenteils auch ein Exportschlager. Aber wohin wird exportiert? Es sind nicht die wirtschaftlich reichsten Länder, in die die Rüstung exportiert wird, sondern in der Regel sind es ärmere Länder - das ist ja auch im Golf-Krieg sichtbar geworden. Hier wird ein Umdenken erforderlich sein, damit diese Länder nicht mehr mit Rüstungswaren beliefert werden, sondern mit sinnvollen Gütern, die es ihnen erlauben, ihre Bevölkerung zu ernähren und eine eigene Industrie aufzubauen, die sie in die Lage versetzt, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Wenn wir in diesen Ländern Demokratien entwickeln wollen, ist das notwendig. Wir werden das Konkurrenzdenken der reichen gegen die armen Länder aufgeben müssen, die wir bisher bewußt knapp gehalten haben, damit wir sie besser ausbeuten können. Das Know-how, das wir entwickelt haben, um Rüstungsgüter zu produzieren, könnte man dazu nutzen.

Haben die Gewerkschaften die Konversionsdebatte in den letzten Jahren mit genügend Nachdruck geführt?

Nieft: Innerhalb der IG Metall, die von den Gewerkschaften, was die Rüstungsproduktion angeht, vorrangig betroffen ist, gibt es seit 1986 eine Beschlußlage, die eindeutig sagt, daß die Überlegungen, die die Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ dazu bewegen haben, Rüstungskonversion zu fordern, prinzipiell richtig sind. Noch vor etwa 15 Jahren gab es ein gegenteiliges Verhältnis. Da existierte die Arbeitsgemeinschaft der Betriebsratsvorsitzenden der „Rüstungsindustrie“, die sich bei auslaufenden Rüstungsaufträgen in irgendeinem Betrieb solidarisiert haben und nach Bonn marschiert sind, um für Nachfolgeaufträge zu sorgen. Diese Zeiten sind vorüber. Ich denke, daß die anderen Gewerkschaften die Konversionsprogrammatisierung problemlos übernehmen könnten. Auch auf europäischer Ebene tut sich etwas. Der Europäische Metallarbeiterbund hat die Problematik erkannt und wird dazu eine Arbeitstagung machen, um Erfahrungen auszutauschen und eigene Forderungen zu formulieren. Das ist auch dringend notwendig, weil wir in Europa zu einer gemeinsamen Sprachregelung kommen müssen.

Ist das Konversionskonzept, daß die IG Metall im Februar vorgestellt hat, eine Hilfe?

Nieft: Dieses Konversionspapier beinhaltet im Grunde genommen das, was die Arbeitskreise seit 1981/82, insbesondere in Norddeutschland, entwickelt haben. Wenn das, was darin

gefordert wird, umgesetzt würde, wären wir schon ein Stück weiter: Zum einen wird es Finanzmittel geben müssen, um einen Umstellungsprozeß in Gang zu setzen: einen regionalen, einen betrieblichen und einen Bundesfonds. Zweitens brauchen wir ein Gremium, das definiert, in welche Richtung etwas umgestellt werden soll, und das über die Mittelvergabe entscheidet. Der dritte Punkt ist, daß dieser Beirat wissenschaftliche Grundlagen für seine Entscheidungen braucht. Wissenschaftliche Institute, die sich explizit mit Rüstungskonversion befassen, gibt es in der Bundesrepublik aber bisher nicht. Unsere Forderung wäre deshalb, an jeder Universität ein entsprechendes Institut oder einen Lehrbereich für Rüstungskonversion und Friedensforschung einzurichten.